Mythos „Die kooperative Weltordnung verfällt." Tut sie das? (Lothar Brock)

„Die Welt ist aus den Fugen". Diese Beobachtung des damaligen deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier aus dem Jahre 2016[1] wird weit geteilt. Sie verbindet sich mit der Klage darüber, dass die kooperative Weltordnung verfällt, die sich in den vergangenen Jahren gebildet habe. Das von den fünf großen Instituten für Friedensforschung herausgegebene Friedensgutachten 2017 erschien unter dem Schwerpunktthema: „Wie lässt sich Gewalt bändigen, wenn die kooperative Weltordnung verfällt?"[2] Der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 war das Thema vorgegeben: „Wer wird die Scherben der zerfallenen Weltordnung aufsammeln?" Gemeint war eine Weltordnung, „die sich auf gemeinsame Regeln und Werte verständigt hat".

Inwieweit sind solche Klagen und Fragen über den Verfall einer kooperativen Weltordnung berechtigt? Erfassen sie das gegenwärtige Weltgeschehen? Sind es reale Errungenschaften der Politik auf dem Weg zu einer friedlicheren Welt, die jetzt verloren gehen, oder sind es die Hoffnungen derjenigen, die sich allzu bereitwillig auf Erzählungen über die Möglichkeit substantieller Fortschritte in der Weltpolitik eingelassen haben?

John Mearsheimer, der Hauptvertreter des politischen Realismus in den USA, wenn nicht der westlichen Politikwissenschaft insgesamt, prophezeite Anfang der 1990er Jahre, dass das Ende der Konfrontation zwischen Ost und West keineswegs das Ende der Geschichte bedeuten würde (wie Francis Fukuyama es beschwor), sondern die Rückkehr in die traditionelle Machtpolitik der Nationalstaaten eröffnen werde. Ende der 1990er Jahre stellten zwei andere US-amerikanischen Politikwissenschaftler, Jeffrey Legro und Andrew Moravcsik, die Frage: „Is Anybody still a Realist?"[3] Anlass hierzu bot aus ihrer Sicht die Beobachtung, dass der Realismus (als Theorierichtung der Lehre von den internationalen Beziehungen) gegenüber denjenigen, die sich auf das Erbe der Aufklärung beriefen, in die Defensive geraten sei. Die Grundannahmen des Realismus, dass alle Politik hinreichend als Machtpolitik zu beschreiben sei, sei von den Realisten selbst angesichts des sich damals abzeichnenden „Umbruchs in der Weltpolitik" (Ernst-Otto Czempiel) so stark ausdifferenziert worden, dass sie kaum noch als realistische Denkansätze zu erkennen gewesen seien. Sind wir heute in der umgekehrten Situation, dass zu fragen wäre, ob noch irgendjemand *kein* Realist ist und, wenn nicht, ob er es nicht schleunigst werden müsste, um sich noch einen Reim auf die gegenwärtige Entwicklung der Politik machen zu können?

[1] Auswärtiges Amt: Rede von Außenministier Frank-Walter Steinmeier beim Bertelsmann Forum. Veröffentlicht am 15.02.2016, https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/160215-bm-bertelsmann-forum/278660, abgerufen am 13. März 2019.
[2] Schoch, Bruno; Heineman-Grüder, Andreas et al. (Hrsg.) (2017): *Friedensgutachten 2017*. Berlin: Lit-Verlag.
[3] Legro, Jeffrey; Moravcsik, Andrew (1999): Is Anybody still a Realist?, *International Security,* 24 (2), 5-55.

1) Was verfällt: eine kooperative Weltordnung oder die ordnungspolitische Hegemonie der liberalen Demokratien?

Wenn man heute vom (drohenden) Ende der kooperativen Weltordnung spricht, geht man davon aus, dass es bedeutende Fortschritte in diese Richtung gegeben habe, die entsprechenden Errungenschaften heute aber zunehmend in Frage gestellt würden. Für diese Sichtweise der Entwicklung gibt es eine Reihe von Anhaltspunkten. Am Ende des Kalten Krieges stand der Entwurf einer europäischen Friedensordnung, die der ganzen Welt als Vorbild hätte dienen können: die Charta von Paris. Es lohnt sich in den heutigen Zeiten, in denen alle bisherigen Grenzen des Sagbaren gesprengt werden, sich dessen zu vergewissern, was damals sagbar war und gesagt wurde:

> *„Wir, die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sind in einer Zeit tiefgreifenden Wandels und historischer Erwartungen in Paris zusammengetreten. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, daß sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden. Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlußakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an. Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen: unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder.“*[4]

Die Charta von Paris geriet schnell in Vergessenheit. Im praktischen Zusammenspiel all ihrer Bestimmungen hätte eine kooperative Ordnung in Europa entstehen können – mit Strahlkraft auf die globale Ordnung. Stattdessen pickten sich die Staaten jene Argumente aus der Charta heraus, die sie für eine Stärkung ihrer eigenen Position glaubten nutzen zu können. Die Charta markierte rückblickend eher den triumphalen Höhepunkt der voraufgegangenen Entwicklung (von der Konfrontation zur Verständigung) als einen Aufbruch in eine neue Ära der allseitigen Kooperation (vgl. den Text von Sabine Jaberg).

Immerhin hat es eine ganze Reihe von Zeichen für die Möglichkeit eines solchen Aufbruchs gegeben. Dazu gehören:

- die Weltkonferenzen, die sich dringender Sachfragen der internationalen Politik annahmen (Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte; globale

[4] Deutscher Bundestag: *Charta von Paris für ein neues Europa*. Treffen der Staats- und Regierungschefs, der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Paris, 1990, https://www.bundestag.de/resource/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf, abgerufen am 13. März 2019.

Nachhaltigkeit; Genderfragen, soziale Sicherheit, Urbanisierung) und zivilgesellschaftlichen Gruppen ganz neue Räume für die Beteiligung an der Erörterungen dieser Sachfragen boten;
- eine historisch präzedenzlose Abrüstung der vorher so umstrittenen Mittelstreckenraketen in Verbindung mit neuen Agenden für die Rüstungskontrolle;
- die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der kollektiven Friedenssicherung (robustes Peacekeeping) in Kombination mit dem Auf- und Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung (auch als Teil der Gewaltprävention);
- die Zusammenarbeit der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates im Umgang mit innerstaatlichen Konflikten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre (zweiter Golfkrieg 1991, Somalia 1992, Haiti 1994, Bosnien 1995);
- die Einrichtung der Welthandelsorganisation, die seit der Verabschiedung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) seit 1948 auf der Tagesordnung der Welthandelspolitik stand:
- die Einrichtung verschiedener Sondertribunale und vor allem des Internationalen Strafgerichtshofes für die Bestrafung der Verantwortlichen für Völkermord, ethnischen Vertreibungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrehen,
- die Verabschiedung der Millennium Development Goals als Ansatz für einen Perspektivenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit und schließlich auch
- der Entwurf und die Verabschiedung der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) durch den UN-Gipfel von 2005 als Alternative zur „humanitären Intervention".

Dies alles sollten Bausteine für eine neue Verfahrensweise der internationalen Politik unter breiter Beteiligung nicht-staatlicher Kräfte sein, nämlich für „Global Governance" als „Regierung der Welt ohne Weltregierung"[5].

Global Governance war in den 1990er Jahren in aller Munde. Heute droht der Begriff zu einer nostalgischen Floskel zu verkommen:

- Die Rüstungskontrolle befindet sich in einer tiefen Krise;
- die weltweiten Militärausgaben steigen erneut;
- die Spannungen zwischen den alten Antagonisten des Kalten Krieges nehmen wieder zu;
- der Sicherheitsrat ist im Umgang mit Konflikten weitgehend blockiert;
- der Syrienkrieg stellt mehr als alle vorausgegangenen Kriege die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und die Bedeutung völkerrechtlicher Normen in Frage;
- die Eurokrise und der Brexit schüren eine wachsende Unsicherheit über die Zukunft der ganzen Idee, im Wege der europäischen Einigung Lehren aus der Geschichte zu ziehen;
- die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Klimapolitik vertieft sich;
- der Multilateralismus in der Handelspolitik weicht – wie in den 1930er Jahren – einer militanten Politik der Vorteilsnahme getreu dem Motto ‚beggar thy neighbour' („pump' Deinen Nachbarn an, nicht mich");

[5] Kommission für Weltordnungspolitik (1995): *Nachbarn in einer Welt*. Bericht der Commission on Global Governance, Bonn: Diez.

- Grenzen werden geschlossen und befestigt, der Kampf um das Eigene spitzt sich zu, Populismus und Tribalismus breiten sich gerade in den liberalen Demokratien aus.

Beim Vergleich dieser Entwicklungen (damals und heute) ist Folgendes zu beachten: Die normativen Orientierungen und programmatischen Vorstellungen für Global Governance, die in den 1990er Jahren ausformuliert wurden, wurden zwar allgemein geteilt. Es galt der Satz: ‚Democracy is the only game in town'. Die Politisierung dieses allgemeinen Konsenses erfolgte aber weitgehend in der Auseinandersetzung mit den Ordnungsvorstellungen der liberalen Demokratien, denn die liberalen Demokratien waren die einzige Staatengruppe, die am Ende des Kalten Krieges weltordnungspolitisch handlungsfähig war. Die Sowjetunion war zerbrochen, Chinas Führung war durch die brutale Niederschlagung sozialer Proteste auf dem Tiananmen-Platz ideologisch geschwächt (und wirtschaftlich noch nicht hinreichend erstarkt) und in zahlreichen Staaten oder Regionen des globalen Südens sowie auf dem Balkan tobten brutale Kriege um die Neuverteilung von Macht und Reichtum nach dem Zusammenbruch der klientelistischen Strukturen, die während des Kalten Krieges entstanden waren.

Die *konkrete* Bedeutung der allgemein akzeptierten Aufgabenstellung für Global Governance wurde dementsprechend von den liberalen Demokratien geprägt. Sie setzten die Anerkennung der Menschenrechte und das Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie als Standards angemessener Staatlichkeit durch und verknüpften sie mit ordnungspolitischen Vorgaben für eine neo-liberale Weltwirtschaftspolitik („Washington Consensus") und später mit der Forderung eines aktiven Engagement von Partnerstaaten im Kampf gegen den Terrorismus.

Gleichzeitig wurden von den USA und von den mit ihnen kooperierenden „Koalitionen der Willigen" völkerrechtliche (in der UN-Charta ausformulierte) Einschränkungen der eigenen Handlungsfreiheit im Umgang mit Konflikten teilweise ignoriert (Kosovo 1999), teilweise umgangen (Irak 2003). Das lief darauf hinaus, dass unter der Hegemonie der liberalen Demokratien zwar die substantiellen Anforderungen an legitimes Regieren hochgeschraubt wurden (Neudefinition von Souveränität als Verantwortung), die Einführung prozeduraler Normen für die kollektive Umsetzung der substantiellen Normen aber unterblieb (z.B. Verhaltenscodex für Gebrauch des Vetos, Aufwertung der Kompetenzen der Generalversammlung bei Blockaden des Sicherheitsrates). In dieser Frage zogen die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates an einem Strang.

Die Widersprüche der hegemonialen Ordnungsansätze wurden schon frühzeitig durch eine inner-westliche Kritik der Sicherheits- und Weltwirtschaftspolitik der liberalen Demokratien artikuliert. Die Kritik eskalierte insbesondere bei den verschiedenen Verhandlungsrunden der WTO zuweilen zu spektakulären Straßenschlachten, die die Globalisierungskritiker den Veranstaltern boten.

Auch der Umgang mit innerstaatlichen Konflikten entsprach nicht in jedem Fall dem Bild einer kooperativen Weltordnung. Die Kriege gegen Serbien, die Taliban in Afghanistan oder das Regime von Saddam Hussein beriefen sich nur soweit auf die UN-Charta, wie dies aus der Sicht vor allem der USA und Großbritanniens zweckdienlich erschien. Legitimiert wurden diese Auseinandersetzung mit dem Schutz der Menschen vor Massengewalt und der Verbreitung der Demokratie, aber ebenso mit der Abwehr des Terrorismus und einer vorbeugenden Selbstverteidigung.

Darüber wurde zwischen den liberalen Demokratien gestritten – bis hin zu dem Punkt, an dem die Frage aufkam, ob die Nato durch die Bildung von ad hoc-„Koalitionen der Willigen" ersetzt werden würde. Auch auf Nicht-Regierungsebene kam es zu heftigen Auseinandersetzungen darüber, für welche Ordnung die liberalen Demokratien stünden. Das manifestierte sich u.a. im Streit zwischen kontinental europäischen und angelsächsischen Akademikern über die Lehre vom gerechten Krieg, auf die sich die angelsächsischen Kolleginnen und Kollegen im Krieg gegen den Terror beriefen, und damit den legitimatorischen Handlungsspielraum der „willigen" Staaten für unilaterale Gewaltanwendung ausweiteten und das Gewaltverbot der UN-Charta aushöhlten.

Entscheidend für die Einschätzung der gegenwärtigen Lage ist, dass die Widersprüche der hegemonialen Weltordnungspolitik sich neuerdings verstärkt innerhalb der liberalen Demokratien selbst manifestieren. Nicht nur, dass die Strukturanpassungsmaßnahmen, die in den 1980er Jahren den verschuldeten Staaten des Südens aufgenötigt wurden, nunmehr auch in den liberalen Demokratien selbst mit sozialpolitisch bedenklichen Folgen zum Zuge kommen; nicht nur, dass sich die in diesem Zusammenhang ausgefochtenen Straßenschlachten von damals in neuen Straßenschlachten fortsetzen (Gelbwesten in Frankreich); wichtiger ist, dass die Kritik an den konkreten Erscheinungsformen der Globalisierung heute zu einer breiten Flucht in nationalstaatliches Denken führt und auch politische Eliten verschiedener Länder diesen Fluchtweg einschlagen (Polen, Ungarn, Italien, Frankreich, Großbritannien, USA) – aber nicht, um damit Gemeinwohl und wirtschaftliche Partikularinteressen in ein neues Gleichgewicht zu bringen, sondern um das bestehende Ungleichgewicht im Rückgriff auf national-staatliches Konkurrenzdenken zu stabilisieren. Insbesondere im Falle der gegenwärtigen US-Administration läuft das darauf hinaus, dass hegemoniale in imperiale Politik übergeht: Unter dem Motto „America first" wird eine historisch präzedenzlose Aufrüstungspolitik betrieben, die es offenbar dem, was vom liberal-demokratischen Lager übrigbleibt, erlauben soll, sich einer globalen Machtverschiebung notfalls mit Gewalt zu widersetzen.

2) Was verlieren wir – berechtigte Hoffnungen oder selbstgefällige Illusionen?

In der Theorie der internationalen Beziehungen tobte in den 1990er Jahren ein heftiger Streit. Wie einleitend erwähnt ging es darum, ob das Ende des Ost-West-Konflikts, wie von den Realisten prophezeit, zurück in die alte gewaltbewehrte Staatenkonkurrenz führen würde oder ob es einen substantiellen Wandel der internationalen Politik geben könne. Die Erwartung, dass ein solcher Wandel möglich sei, knüpfte an ein neues Verständnis der Staatenpolitik an: Die Staaten würden durch die anarchische Struktur des internationalen Systems nicht endlos auf eine Politik der militanten Selbstbehauptung festgelegt (wie die *Realisten* behaupteten), vielmehr bestünde zwischen der Struktur des internationalen Systems und der Art und Weise, in der die Staaten ihre Interessen definieren und umsetzen, eine Wechselwirkung. Um ein vielzitiertes Wort von Alexander Wendt abzuwandeln: Die internationalen Verhältnisse sind das, was die Staaten und Gesellschaften aus ihnen machen.

Nach dem friedlichen Ende des Ost-West-Konflikts schien der Spielraum für eine andere Politik erheblich. Ihn galt es zu nutzen und auszubauen. Das sollte nach den Vorstellungen der auf historischen Wandel ausgerichteten Theoretiker durch die Einübung multilateraler Kooperation in Wechselwirkung mit gesellschaftlichem Wandel (Modernisierung), einer zunehmenden transnationalen Interessenverflechtung (Wirtschaft, Umwelt, Sicherheit) und einer dementsprechenden Sozialisierung der Politik geschehen. Solche Erwartungen wurden durch die Politische Philosophie und Theorie unterstützt, insbesondere soweit sie an die Friedensvorstellungen der Aufklärung anknüpften und der Herausbildung einer neuen kosmopolitischen Gesinnung (in verschiedenen Varianten) das Wort redeten. Immanuel Kant erlebte in diesem Zusammenhang als Vordenker einer globalen Zivilisierung der Politik eine präzedenzlose Zitierkonjunktur. Eine ganze Forschungsrichtung arbeitete sich an der auf Kant zurückgeführten Denkfigur des demokratischen Friedens ab, die auf der Beobachtung beruhte, dass Demokratien (fast) keine Kriege gegeneinander führen, sodass eine fortschreitende Demokratisierung die Perspektive auf eine sehr viel friedlichere Welt eröffnete. Die Beobachtung, dass Demokratien in der Regel keine Kriege gegeneinander führen, wurde sogar zum „Gesetz" der internationalen Politik erhoben. Waren das alles nur selbstgefällige Illusionen, die diejenigen verbreiteten, die damit in den damaligen Konjunkturen des Sagbaren Karriere machen konnten?

Es bestand gerade in Zeiten einer selbstbewussten liberal-demokratischen Hegemonie reichlich Anlass, die Forschung über demokratischen Frieden in eine systematische Beschäftigung mit den laufenden Kriegen der Demokratien zu überführen[6].

[6] Geis, Anna; Brock, Lothar; Müller, Harald (Hrsg.) (2006): Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills: Palgrave. Ebenso: Geis, Anna; Müller, Harald; Schörnig, Niklas (Hrsg.) (2013): The Militant Face of Democracy, Cambridge: Cambridge University Press.

Die Ergebnisse waren verschieden zu interpretieren: als Kontextualisierung des Konfliktverhaltens der Demokratien oder als grundlegende Kritik am Theorem des demokratischen Friedens. In beiden Fällen wurde aber die Möglichkeit eines Friedens, der nach Kant mehr sein sollte als eine Zwischenkriegszeit, nicht ausgeschlossen; vielmehr wurde spezifiziert, unter welchen Bedingungen ein solcher Frieden wahrscheinlich sei.

Was diese Bedingungen betrifft, so können die Gründung der Vereinten Nationen und zahlreicher regionaler Organisationen unter ihrem Dach, die Ausdifferenzierung des Völkerrechts, die fast alle Staaten umfassende Konsensbildung über globale Agenden (Sicherheit, Entwicklung, Umwelt, Menschenrechte) als reale Fortschritte der internationalen Politik gelten. Sie haben sich aber nicht zu einer belastungsfähigen kooperativen Weltordnung addiert. Dazu hat Frank-Walter Steinmeier in seiner einleitend zitierten Rede gesagt:

> *„Die Blockkonfrontation ist untergegangen. Aber das Beunruhigende daran ist, dass seitdem keine neue Ordnung an die Stelle der alten gekommen ist. Wir haben gedacht, das machen die Amerikaner jetzt alleine. Das hat nicht richtig funktioniert. Wir Deutschen haben vielleicht etwas unrealistisch gehofft: Na ja, wenn es die alte Zweiteilung nicht mehr gibt, dann verteilt sich die Verantwortung in der Welt auf ganz viele Schultern. Das hat bisher jedoch so auch nicht funktioniert. Und deshalb komme ich zu dem Ergebnis, dass ich sage: Da ist eine alte Ordnung untergegangen. Es ist keine neue Ordnung an die Stelle getreten. Die Welt ist auf der Suche nach einer neuen Ordnung, und diese Suche nach einer neuen Ordnung vollzieht sich eben nicht im Seminardiskurs bei der Bertelsmann-Stiftung oder an deutschen Universitäten, sondern im Ringen um Einfluss, um Dominanz, um Vorherrschaft in unterschiedlichen Regionen der Welt, dieses Ringen entlädt sich eben gewaltsam. Und das erleben wir in dieser Zeit in Regionen von Nordafrika und im Mittleren Osten."*

Wenn dem so ist, kann man schwerlich vom Verfall einer kooperativen Weltordnung sprechen, sondern nur von dem Manko, dass die alte bipolare Ordnung, die unter dem Dach der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg entstand und mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion unterging, bisher nicht zur Herausbildung einer neuen Weltordnung geführt hat. Die kooperative Weltordnung ist unter dieser Perspektive nicht etwas, was verloren geht, sondern was noch erst geschaffen werden muss. Unter dieser Perspektive sollte man heute nicht voreilig auf politischen Einstellungen zurückgreifen, die in die weitere Militarisierung der internationalen Politik führen. Dabei können wir daran anknüpfen, dass ein Großteil der Werte, die die liberalen Demokratien forciert haben, von der nicht-westlichen Welt nicht einfach auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen, sondern neu interpretiert werden. Wenn die gegenwärtige Regierung in China meint, als Bannerträger des Multilateralismus in der Welthandelspolitik auftreten zu können, muss uns das nicht in einen euphorischen Zustand versetzen. Aber es ist ein Hinweis darauf, dass das Hauptproblem heute nicht die Ablehnung liberal-demokratischer

Ordnungsvorstellungen durch nicht-westliche Staaten ist, sondern die Infragestellung dieser Ordnungsvorstellungen in den liberalen Demokratien selbst. Die Ausbreitung nationalistischen Denkens in den Demokratien verweist darauf, dass wachsende soziale Ungleichheit und die Erschütterung von Zukunftserwartungen auch und gerade der Mittelschichten sich in zunehmende Spannungen zwischen den Ländern übersetzen.

Fazit

Wir haben es nicht mit dem Zerfall einer kooperativen Weltordnung zu tun, sondern damit, dass jetzt die Widersprüche einer neo- liberalen Weltordnungspolitik zutage treten, die im Bewusstsein eines „Sieges der Demokratie" die Chancen, die das friedliche Ende des Ost-Westkonflikts bot, schlecht genutzt hat. Eine kooperative Weltordnung hat es bisher nicht gegeben. Ob sie entstehen wird, hängt allerdings nicht allein von den bisher dominanten liberalen Demokratien ab, sondern in zunehmendem Maße von der Politik des globalen Südens und insbesondere jener Staaten, die die unmittelbaren „Gewinner" der globalen Machtverschiebungen sind oder sein werden, die sich heute vollziehen.

Auch wenn die kooperative Weltordnung in der heute betrauerten (oder im Rückblick idealisierten) Form nie existiert hat, so hat es doch konkrete Schritte in diese Richtung gegeben. Die erneute Militarisierung der Weltpolitik stellt in Verbindung mit der Ausbreitung von Nationalismus und Populismus diese Fortschritte in Frage. Das sollte nicht zum Anlass genommen werden, sich von den eigenen mühsam begründeten Hoffnungen auf mehr Kooperation und weniger Krieg zu verabschieden und sich einer emotional befreienden Politik der Stärke anzuschließen. Vielmehr sollte die heutige Politik der liberalen Demokratien daran gemessen werden, inwieweit sie nicht nur den Verlust „ihrer" kooperativen Ordnung beklagen, sondern sich selbst zur kooperativen Ordnung bekennen, und zwar im konzeptionellen Denken *und* in der Praxis (der Sicherheits-, der Umwelt-, der Wirtschafts- und Sozialpolitik). Die kooperative Weltordnung bezeichnet in diesem Sinne eine Agenda, die auch gegen innenpolitischen Widerstand der neuen Nationalisten abgearbeitet werden muss.

Quellennachweise

Auswärtiges Amt: *„Die Welt aus den Fugen – was hält uns zusammen?"* – Rede von Außenministier Frank-Walter Steinmeier beim Bertelsmann Forum. Veröffentlicht am 15.02.2016, https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/160215-bm-bertelsmann-forum/278660, abgerufen am 13. März 2019.

Deutscher Bundestag: *Charta von Paris für ein neues Europa*. Treffen der Staats- und Regierungschefs, der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Paris, 1990, https://www.bundestag.de/resource/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf, abgerufen am 13. März 2019.

Geis, Anna; Brock, Lothar; Müller, Harald (Hrsg.) (2006): *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace*. Houndmills: Palgrave.

Geis, Anna; Müller, Harald; Schörnig, Niklas (Hrsg.) (2013): *The Militant Face of Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Kommission für Weltordnungspolitik (1995): *Nachbarn in einer Welt*. Bericht der Commission on Global Governance, Bonn: Diez.

Legro, Jeffrey; Moravcsik, Andrew (1999): Is Anybody still a Realist?, *International Security,* 24 (2), 5-55.

Schoch, Bruno; Heineman-Grüder, Andreas; Hauswedell, Corinna; Hippler, Jochen; Johannsen, Margret (Hrsg.) (2017): *Friedensgutachten 2017*. Friedensgutachten, Band 25, Berlin: Lit-Verlag.